



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

4

April 2023 / 57. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Tarifverhandlungen 2023

Es geht um die Zukunft des öffentlichen Dienstes



Seite 6 <

Gespräch mit der
Unionsfraktion zu
aktuellen beamten-
politischen Fragen

Scharfe Kritik an Ampel-
plan zur Änderung des
Disziplinarrechts

Seite 18 <

Fachteil:

- Rechtsprechungsübersicht
April 2023
- Dieter Müller: Einsatz-
fahrten – Checklisten
zu Rechtmäßigkeit und
Rechtsfolgen





DPoIG Berlin: Schwangerschaft ist keine Krankheit und darf nicht zu Benachteiligungen führen!

Schwangerschaft bei der Polizei Berlin ein Diskriminierungsgrund?

Während unserer Mitgliederbetreuung haben wir – ausgerechnet zum Frauentag – von einer echten Diskriminierung erfahren.

Üblich ist, dass der polizeiärztliche Dienst Beamtin-

nen auf Probe, die zu Beamtinnen auf Lebenszeit ernannt werden sollen, kurz zuvor auf ihre volle Polizeidienstfähigkeit untersucht. Sie werden dabei selbstverständlich nach ihrem allgemeinen Gesundheitszustand befragt. Wenn sie nun wahrheitsgemäß erklären, dass sie schwanger sind, wird die Untersuchung sofort abgebrochen.

Der Beamtin wird dann mitgeteilt, dass sie derzeit gesundheitlich nicht geeignet sei, die Probezeit zu beenden und zur Beamtin auf Lebenszeit übernommen zu werden. **Schon dies stellt eine gravierende Benachteiligung dar, ist aber offenbar gelebte Praxis in Berlin.**

Wir als DPoIG Berlin sehen hier einen sehr deutlichen Diskriminierungsverstoß. Eine beste-

hende Schwangerschaft darf kein Anlass für eine Polizeidienstunfähigkeit sein.

Solche Sachverhalte sind keine gute Werbung für die Polizei Berlin und dienen sicherlich nicht höheren Bewerbungszahlen von Frauen.

Wir fordern die Behördenleitung auf, sich nicht nur auf dem Papier als familienfreundlich auditieren zu lassen, sondern sofort aktiv zu werden und echte Diskriminierung zu beenden!

Inhalt

- 1 Diskriminierung von Schwangeren?
- 2 E-Mobility – Gefahren und Perspektiven
- 3 Frauentag
- 4 Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst
- 5 Problem Parkraumbewirtschaftung
- 6 Tarifverhandlungen – heißer Herbst?
- 7 Inside Moko (Teil 10)
- 8 Termine

Impressum:

Redaktion: Kay Biewald
E-Mail: presse@dpolg-berlin.de
V. i. S. d. P. Bodo Pfalzgraf
Landesgeschäftsstelle:
Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin
Besuchszeiten:
Mo. bis Mi. 9–15 Uhr
Do. 9–18 Uhr
Fr. 9–13 Uhr
Telefonsprechzeiten:
Mo. bis Fr. 10–13 Uhr
Tel. 030.3933073
Fax 030.3935092
Internet: www.dpolg.berlin
E-Mail: post@dpolg-berlin.de
ISSN: 0723-1814

Facebook: @polizei.berlin.5
Twitter: @DPoIGBerlin
Instagram: @dpolgberlin



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.

DPoIG vor Ort

Immer wieder sind wir für euch vor Ort: Los ging's Anfang März mit einem Stand an der Radelandstraße beim Polizeiärztlichen Dienst. Tags darauf haben wir die circa 200 neuen Polizeischülerinnen und -schüler des mittleren Dienstes an der Polizeiakademie begrüßt. **HERZLICH WILLKOMMEN!** Wenn du Fragen zur Mitgliedschaft oder unseren Angeboten als Gewerkschaft hast, dann schreibe eine Mail an den Vorsitzenden des KV Polizeiakademie/JUNGE POLIZEI: Behnam.Teimouri-Hashtgerdi@dpolg-berlin.de. ■

© Behnam Teimouri Hashtgerdi/DPoIG Berlin



DPoIG-Team Berlin am Stand beim Polizeiärztlichen Dienst an der Radelandstraße



Begrüßung der rund 200 neuen Polizeischülerinnen und Polizeischüler des mittleren Dienstes an der Polizeiakademie

© DPoIG Berlin (2)



Wie ist E-Mobility zu verbessern?

Angesichts steigender Unfallzahlen mit E-Scootern hat sich unser DPoIG-Vorstand im März mit zwei Vertretern von TIER Mobility zum fachlichen Austausch getroffen. Dabei ging es um Unfallprävention, Reduzierung missbräuchlicher Nutzung und Nachhaltigkeit. Unser Landesredakteur Kay Biewald fasst das Treffen zusammen und wirft mit Tobias Griesmeier (TIER Mobility) einen Blick in die Zukunft.

Perspektive der Sharingdienste am Beispiel von TIER Mobility

E-Scooter-Sharing in Berlin: Wie geht es weiter?

Wie in anderen deutschen Städten erfreuen sich in Berlin Sharingdienste größter Beliebtheit. So fanden im Jahr 2022 mit E-Scootern und E-Bikes allein von TIER Mobility rund sechs Millionen Fahrten statt. TIER ist ein 2018 in Berlin gegründeter Mobilitätsanbieter und bietet in mehr als 100 deutschen Städten Mobilitätslösungen an. Das Ziel: eine Alternative zu kurzen Pkw-Fahrten in urbanen Räumen anzubieten und somit die Verkehrswende zu unterstützen.

In der Hauptstadt gelingt dies TIER unter anderem in enger Zusammenarbeit mit der BVG und deren App-Angebot „Jelbi“, um den Nutzern nicht nur Sharingdienste, sondern auch die nahtlose Nutzung des ÖPNV so niederschwellig wie möglich anzubieten. „Mit Erfolg“, sagt Tobias Griesmeier von TIER Mobility, „Berlin ist deutsche Mobilitätshauptstadt mit den meisten ersetzten Autofahrten durch die Nutzung von Mikromobilität. Zudem kombinieren fast 50 Prozent der Nutzer ihre E-Scooter-Fahrt mit einer

Fahrt im ÖPNV.“ Das zeigt, welche wichtige Rolle Sharingdienste mittlerweile für die Verkehrswende spielen. Und TIER zeigt starkes Engagement in den Berliner Außenbezirken: Auch in Buch, Tegel oder Rudow stehen die Fahrzeuge von TIER bereit.

Dies gelingt nur in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken und dem Senat. Tobias Griesmeier: „Wir setzen uns daher dafür ein, dass Sharing in Berlin künftig per Konzessionsvergabe reguliert wird, mit weniger Anbietern und klaren

Verantwortlichkeiten. Nicht nur für Verleiher, sondern auch für die Stadt.“ Denn die Mobilitätswende kann nur gelingen, wenn die Berlinerinnen und Berliner durch mehr und sichere Infrastruktur Lust zum Umstieg auf Sharingangebote bekommen. Erfreulicherweise gingen, so Tobias Griesmeier, die Unfälle in Relation zur Flottengröße deutlich zurück. Und weiter: „Wir freuen uns über die künftige Zusammenarbeit auch mit der Berliner DPoIG, um das richtige Verhalten im Straßenverkehr zu schulen.“

Polizei Berlin fährt grün – oder gar nicht?

Erste Elektrokräder im Einsatz

„Wir hecheln von Test zu Test ohne grundsätzlich an einer krisenfesten Ladeinfrastruktur zu arbeiten“, kommentiert DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf die Anschaffung von vier Elektromotorrädern bei der Polizei Berlin.

Die Motorräder sollen in einer ersten Testphase bei Laufveranstaltungen, Fahrradkorsos, Inlinerveranstaltungen sowie bei Staatsbesuchen zum Einsatz kommen. Die DPoIG Berlin dagegen hätte zuerst krisenfeste Steckdosen und

Wallboxen für klug befunden, danach die Beschaffung und Versuche.

Das Thema „Alternative Antriebe“ beschäftigt die Polizei Berlin schon länger. Nun also kommt die neuste Anschaffung der Behörde auf die Straße: vier voll-elektrisch fahrende Motorräder mit Polizeiausstattung. Sie ergänzen die Motorradstaffel der Polizei Berlin und sollen seit 9. März 2023 auf den Straßen der Hauptstadt zu sehen sein.

Polizeipräsidentin Dr. Barbara Slowik hat die neuen Elektro-

kräder im Beisein von Staatssekretärin Dr. Nicola Böcker-Giannini präsentiert und dabei gesagt, dass es bei der Betreuung nicht motorisierter Veranstaltungen auf der Hand liege, selbst emissionsfrei unterwegs zu sein. „Daher freut es mich besonders, dass diese vier Fahrzeuge nun fest zum Fuhrpark der Polizei Berlin gehören.“

Die Nutzung der Fahrzeuge unterliegt einem zweijährigen Probelauf. Denn selbst wenn die Behörde, wie Frau Dr. Slowik es ausdrückt, das Bedürf-

nis habe, ihren „Teil zur Nachhaltigkeit beizutragen“, soll in Erfahrung gebracht werden, „wie sich die E-Kräder im Dienstalltag bewähren“.

Wo sind die alternativ angetriebenen Fahrzeuge noch zu verwenden, wie ist ihre praktische und taktische Nutzbarkeit – auch das will die Behörde weiter testen und prüfen.

Inzwischen sind rund sechs Prozent aller polizeieigenen Fahrzeuge in Berlin mit alternativen Antrieben unterwegs.



Für mehr Verkehrssicherheit DPoIG-Vorstand trifft sich mit Mobilitäts- anbieter TIER

Seit fast vier Jahren prägen E-Tretroller und Elektrofahräder das Berliner Stadtbild. Vor allem in der City werden die Elektrokleinstfahrzeuge beziehungsweise Pedelecs oft von Geschäftsleuten, Touristen oder Anwohnern für kurze, schnelle Fahrten verwendet. Doch leider nicht immer unter Beachtung der geltenden Verkehrsregeln.

Einer der vier Anbieter solcher Elektroleihfahrzeuge in Berlin ist „TIER Mobility“. Anfang März haben sich DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf, seine Stellvertreterin Victoria-Marie Gordon und DPoIG-Mobility-Experte Kay Biewald mit Anna Weigl, der TIER-Regionalmanagerin Berlin/Brandenburg, und ihrem Kollegen Tobias Griesmeier, verantwortlich für überregionale Öffent-

lichkeitsarbeit, zum fachlichen Austausch in der DPoIG-Landesgeschäftsstelle getroffen.

Besonderes Augenmerk haben unsere Polizeigewerkschaftler auf Ideen zur sinnvollen Unfallprävention für Leihfahrzeuge gelegt. Aber auch die Reduzierung von missbräuchlicher Nutzung durch Kinder beziehungsweise Jugendliche, die Nachhaltigkeit



► Erst reden, dann raus für's Gruppenbild: Anfang März haben sich DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf (2. von rechts), seine Stellvertreterin Victoria-Marie Gordon (links) und DPoIG-Mobility-Experte Kay Biewald (rechts) mit Anna Weigl (2. von links), der TIER-Regionalmanagerin Berlin/Brandenburg, und ihrem Kollegen Tobias Griesmeier (Mitte), verantwortlich für überregionale Öffentlichkeitsarbeit, in der DPoIG-Landesgeschäftsstelle in Alt-Moabit getroffen.

von E-Scootern in Berlin und die bundesweiten Aufklärungskampagnen zur sicheren E-Mobilität waren Thema.

Tobias Griesmeier berichtete über freiwillige Verträge, die das Unternehmen in anderen deutschen Großstädten mit den Landes- bzw. Kommunalvertretungen abgeschlossen hat. Solche Verträge gab es in Berlin lange

nicht, "seit dem letzten Jahr gilt aber eine Sondernutzungsvereinbarung zwischen allen Anbietern und der Senatsverwaltung für Verkehr", so Herr Griesmeier.

Der DPoIG Berlin ist daran gelegen, künftig mit „TIER Mobility“ zu kooperieren. Wir planen unter anderem gemeinsame Aktionen zur Stärkung der Verkehrssicherheit. ■

Mehr als fünf verschiedene Demos für Frauenrechte waren am 8. März in Berlin angemeldet. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben die Veranstaltungen begleitet.



► die Demonstration für Frauenrechte im Iran



#Weltfrauentag

Die DPoIG Berlin hat allen DPoIG-Frauen der Polizei Berlin und der Berliner Ordnungsämter zum Weltfrauentag alles Gute gewünscht. Dafür war eine Menge Post einzutüten, siehe die Fotos aus der Landesgeschäftsstelle unten links und unsere Grußkarte ganz links. Und wer hat sich die Mühe gemacht? Unsere Frauenbeauftragte Susann Bischur (oben im Foto rechts) und unsere stellvertretende Landesvorsitzende Victoria-Marie Gordon. Hat dich unsere Post erreicht? Falls nicht, prüfe bitte, ob du uns deine aktuellen Daten übermittelt hast. ■





> Nach dem Einsatz Mitte März wegen der Schlägereien fertigten die Einsatzkräfte neun Strafanzeigen wegen Körperverletzungen, tätlicher Angriffe, Widerständen und Beleidigungen.

Die Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst steigt. Was ist zu tun?

Ausgekugelte Schulter, Gehirnerschütterung, Biss in den Finger

Anfang Februar 2023 hat die Zeitung DIE WELT berichtet, dass die Staatsanwaltschaft Berlin Angriffe auf Rettungs- und Feuerwehrkräfte mithilfe einer spezialisierten Abteilung verfolgen wolle. Auf Nachfrage des POLIZEISPIEGELS stellte sich heraus, dass dazu keine Attacken auf Polizeikräfte gehören. Entsprechend groß ist unsere Enttäuschung.

„Das ist nur ein kleines Zugeständnis“, so kommentiert DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf die Arbeit der Abteilung. Der Polizeigewerkschaftler fordert: „Wir brauchen eine Anlaufstelle für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die angegriffen wurden. Auch im Jobcenter, Ordnungsamt oder bei der Polizei.“

Wir freuen uns natürlich darüber, dass den Kolleginnen und Kollegen bei der Berliner Feuerwehr und anderen Rettungsorganisationen eine klare Anlaufstelle bei der Staatsanwaltschaft geboten wird. Denn wir wissen: Jede Konzentration der Verantwort-

lung kann zu effizienteren Verfahren führen und eine einheitliche Bearbeitung sicherstellen. So können die Bedürfnisse der Betroffenen, der Attackierten besser berücksichtigt werden.

Aber warum nur für Rettungskräfte? Warum wird das Polizistinnen, Polizisten und Polizeibeschäftigten sowie den übrigen Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst verwehrt?

Hintergrund der – nur teilweisen – Zentralisierung sind die dramatischen Ereignisse in der Silvesternacht 2022–2023. In mehreren deutschen Städten waren Polizisten und Feuerwehrleute im Einsatz angegriffen worden. Leider besonders heftig in unserer Stadt, in Berlin. Es folgte zwar eine bundesweite Debatte darüber, wie Rettungskräfte besser geschützt und Tatverdächtige effizient verfolgt werden können. Doch in Berlin hat sich – mal wieder – nichts getan. Wir hatten neue Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Koalitionsverhandlungen.

Besonders frustrierend: Die ähnlich gewalttätigen Ausschreitungen aus der Silvesternacht ein Jahr zuvor werden ebenfalls nur schleppend aufgearbeitet. So hat der Journalist Andreas Kopitz im Februar 2023 in der Berliner Zeitung berichtet, dass das Amtsgericht Tiergarten den 26-jährigen Ibrahim M. und seinen 22-jährigen Bruder Omar zu Geldstrafen verurteilt hat. Die beiden hatten an der Sonnenallee aus einem Fenster heraus mehrere Böller auf einen vorbeifahrenden Streifenwagen geworfen und so, wie es in der Anklage heißt, billigend in Kauf genommen, dass es „zu schreckbedingten Fehlreaktionen“ des Fahrers mit Sach- und Personenschäden kommen könnte.

Die Staatsanwaltschaft hatte Freiheitsstrafen von neun beziehungsweise sechs Monaten beantragt. Erschwerend in diesem Prozess war der Umstand, dass die Tat bereits mehr als ein Jahr zurückliegt. „Wenn ein Verfahren erst ein Jahr nach der Tat beginnt und Zeugen



sich nicht mehr gut erinnern, dann sollte die für Justiz zuständige Senatorin oder der Senator Tempo machen und mehr Staatsanwälte und Richter einstellen“, so DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf.

Gewalt gegen Einsatzkräfte ist kein Silvesterphänomen, sondern trauriger Alltag: So wurden Mitte März bei Schlägereien in und vor einem Club in Mitte mehrere Polizisten attackiert und verletzt. Ein Angreifer schlug einem Polizeibeamten dabei so heftig gegen die Schulter, dass diese auskugelte, und versuchte mehrfach, dem Wehrlosen die Dienstwaffe aus dem Holster zu entreißen. Dazu kamen gegenüber anderen Einsatzkräften noch Schläge ins Gesicht, Verdacht auf Gehirnerschütterung und Biss in den Mittelfinger. ■

Wie schnell kann ein Leben vorbei sein?

Winfried Krüger

Am 12. März 1991 wurde der Wachpolizist Winfried Krüger im Dienst der Polizei Berlin vor der Residenz des Türkischen Konsuls in der Kirschenallee erschossen.

Unsere DPoIG-Mitglieder Alex und Cagdas haben an seinem Todestag zum Gedenken Blu-

men niedergelegt. Wir wollen keinen Kollegen vergessen – und die tägliche Arbeit Tausender Polizeibeschäftigter würdigen.



© DPoIG Berlin

> DPoIG Polizeispiegel | April 2023

> 7. März: Interpol-Gedenktag

Interpol erklärte den 7. März zum Gedenktag für im Dienst gestorbene Polizisten. Der Generalsekretär sagte, es sei eine Gelegenheit, über die Opfer nachzudenken, die Polizisten und ihre Angehörigen auf der ganzen Welt gebracht haben. Dem schließen wir uns an. #Polizeifamilie



© DPoIG Berlin



> Verletzungsrisiko im Einsatz

Polizist bei Unfall schwer verletzt

Ein Kollege der Polizei Berlin, Abteilung Verkehr, ist im Dienst schwer verunglückt. „Wir sind in Gedanken bei ihm und seiner Familie“, sagt der DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf. „Der Fall zeigt, wie gefährlich der Job unserer Begleitkommandos tatsächlich ist.“

Der Verkehrsunfall ereignete sich in Tiergarten. Der Beamte des Verkehrsdienstes fuhr zur Mittagszeit auf seinem Dienstmotorrad auf der Straße des 17. Juni in Richtung Brandenburger Tor. In Höhe eines Mittelstreifendurchbruchs fuhr der Beamte gegen das Heck des Wagens einer 59-Jährigen, die dort wenden wollte. Der Polizist stürzte und zog sich Verletzungen zu. Der Verkehrsermittlungsdienst der Polizeidirektion 2 (West) hat die weitere Bearbeitung übernommen.

Bürger sich das vorstellen, hätten wir in Berlin deutlich mehr Inhaftierte als bisher. Bei der aktuellen Bauproblematik und den Personalproblemen in Berlins Haftanstalten ein für uns schwer vorstellbarer Zustand.

Es fehlt nicht nur an modernen, im Strafvollzug notwendigen und menschenwürdigen Haftanstalten, sondern auch am notwendigen Personal. Die Resozialisierung (eigentlich Sozialisierung) wird durch Rechtsprechung und gesetzliche Vorgaben immer umfangreicher und aufwendiger. Das kostet Geld! Etwas, was man gerne

einsparen möchte. Die Unterbringung von Menschen ist heutzutage eher ein Benchmarking und Finanzproblem als ein menschliches und gesellschaftliches Problem!

Personalmangel bei der Polizei, in der Amts- und Staatsanwaltschaft, der Richterschaft und im Justizvollzug führen dazu, dass nicht zu viele Haftstrafen verhängt werden können. Ist das politischer Wille?

Was hier geopfert wird, ist der Glaube an den Rechtsstaat, an Recht und Gerechtigkeit. Hier ist die Gesellschaft gefragt! ■

Wenig Personal = wenig Haftstrafen

Immer wieder wird der Ruf nach härteren Strafen, schnellerer Strafverfolgung und Verurteilung laut. Aber was bedeutet das? **Thomas Goiny, Landesvorsitzender Fachgewerkschaft Strafvollzug im dbb berlin, beleuchtet den Zusammenhang.**



sen frei sein von politischen und ideologischen Einflüssen.

Die tägliche Arbeit der Polizeikolleginnen und Kollegen endet für Beschuldigte keinesfalls automatisch im Gefängnis und schon gar nicht ohne richterliches Urteil. Im Gegenteil: Zwischen Gesetzesnormierung und Gefängnis-aufenthalt gibt es viele Zwischenschritte: von einer Tat zu den Ermittlungen bis hin zum Gerichtsverfahren und Urteil. Genau hier beginnt das gesellschaftspolitische Problem.

Denn wenn die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte so effizient arbeiten würden, wie Steuerzahler, Wähler und

Vielen ist das Rechtssystem in Deutschland nicht gut genug bekannt und für sie folglich nicht nachvollziehbar. Wir sollten aber froh sein, dass dieses Rechtssystem so ist, wie es ist, und sehr wohl alle schützt. Natürlich ist unser Rechtsstaat nicht perfekt – Gesetze sind von Menschen gemacht, die sind nie perfekt. Doch sie müs-

Stichwort Parkraumbewirtschaftung: Leitfaden wird zum Bandwurm

Keine Erleichterung für Schichtdienstleistende?

Die DPoIG Berlin fordert nach wie vor, dass alle Schichtdienstleistenden gebührenfrei parken können. Dazu ist der Leitfaden für die Bezirksverwaltungen entsprechend zu überarbeiten. In diesem werden die Voraussetzungen für den Erhalt einer Ausnahmegenehmigung geregelt.

Denn entgegen vollmündiger Ankündigungen gibt es kaum Verbesserungen. Im Jahr 2022 hatten die damals zuständigen Senatorinnen Iris Spranger (SPD, Inneres) und Bettina Jarasch (Grüne, Verkehr) die Voraussetzungen verbessern wollen, wonach eine Ausnahmegenehmigung zum Parken in einer Parkraumbewirtschaftungszone zu erhalten ist.

Das hatten beide öffentlich breit verkündet. Heraus kam eine Farce. Von Verbesserungen ist bei den Bediensteten unserer Landes- und Bezirksverwaltungen nichts zu spüren.

Fakt ist, dass die Veränderungen tatsächlich nur bestimmte, vereinzelte Dienststellen betreffen. Nur eine geringe Anzahl von Kolleginnen und Kol-



> Astrid Just ist stellvertretende Landesvorsitzende der DPoIG Berlin.

legen kommt in den Genuss, ihr gerade verdientes Geld nicht gleich wieder in die Parkscheinautomaten der Bezirke stecken zu müssen und so deren Haushalte mitzufinanzieren.

■ Woran liegt es diesmal?

Der sogenannte „Leitfaden“ ist in Zusammenarbeit mit den Bezirksämtern entworfen worden. Er soll die Umsetzung der Änderungen „vereinfachen“. Aber er wurde so engmaschig gestrickt, dass nicht nur die

„normal“ Schichtdienstleistenden durch die Maschen fallen, sondern auch diejenigen fast aller anderen Dienststellen.

Befindet sich eine Dienststelle zum Beispiel „zu dicht“ an noch existierenden „freien“ Parkmöglichkeiten in dieser Stadt, gibt es keine Ausnahmeregelung. Dass dort schon der Verdrängungseffekt herrscht – es suchen viele einen kostenlosen Parkplatz –, wird nicht berücksichtigt.

So wird der öffentliche Dienst nicht attraktiver!

Eure Astrid Just, stellvertretende Landesvorsitzende DPoIG Berlin



Widerstand gegen Disziplinarverfahren Gendern bitte freiwillig

Plötzlich war jemand ganz eifrig. Die im Jahr 2022 eingeführte, nicht amtliche Sprachregelung sollte Anfang 2023 plötzlich zur Disziplinarsache werden. Und zwar über einen Verwaltungsakt.

Die bisherigen „Empfehlungen“ zum Doppelpunkt-Gendern sollten zu einem Teil der Geschäftsanweisungen der Polizei Berlin werden. Die Folge: Damit wäre künftig jedes Nichtgendern ein Verstoß

geworden und hätte ein Disziplinarverfahren nach sich ziehen können.

Wir sagen dazu: Nein! Mit der DPoIG Berlin sind Disziplinarverfahren gegen Beamtinnen und Beamte beim Gendern nicht zu haben.

Wir gehen davon aus, dass die Polizeipräsidentin ihre Zusage hält und es weiterhin bei nicht amtlichen Sprachempfehlungen bleibt.

253 Verfahren gegen Polizei Berlin Klar rechtsstaatlich

„Schwankungen plus/minus 50 sind kein Skandal, sie kommen vor“, sagt der DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf zu den 253 Verfahren gegen die Polizei Berlin im Jahr 2022. „Das betrifft 0,94 Prozent des Personals.“

Zum Vergleich: Im Jahr 2015 gab es 200 Verfahren, 2018 waren es 153. Die B.Z. hatte am 12. Februar 2023 berichtet: „Quer durchs Strafgesetz-

buch: Verfahren gegen Polizisten steigen um 25 Prozent.“ Damit sind Disziplinar- und Verwaltungsverfahren gemeint.

DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf sieht in der Höhe der Verfahren kein Problem, sondern eine Haltung, er sagt weiter: „Die Polizei Berlin trennt sich von schwarzen Schafen – und das nach klaren rechtsstaatlichen Verfahren.“

2023 ein spannendes Jahr für den öffentlichen Dienst

Zu den aktuellen Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen und im Herbst für die Länder informiert euch euer Tarifteam der DPoIG.

In den letzten Wochen erreichen uns oft Fragen zu den Tarifverhandlungen. Zurzeit finden diese zwischen den Arbeitgebern des Bundes, der Kommunen (TVöD) und den Gewerkschaftsverbänden des dbb beamtenbund und tarifunion sowie ver.di statt. Die zentrale Forderung besteht aus einer Entgelterhöhung der Beschäftigten um 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro.

Bisher fanden, parallel zu den Verhandlungen, umfangreiche Warnstreikmaßnahmen statt. Abgesehen von einem minimalen Angebot der Arbeitgeber



Euer Tarifteam: Angelo Kolibabski, Andreas Dittrich und Carsten Neye (von links)

gab es noch keine akzeptablen Ergebnisse. Um den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen, werden die Warnstreikmaßnahmen forciert. Die letzte Verhandlungsrunde findet vom 27. bis 30.

März 2023 statt, hier sollte es spätestens ein Ergebnis geben.

Was ist nun mit uns?

Wir gehören zum Tarifbereich des Tarifvertrages der Länder (TV-L), wo der Arbeitgeber das jeweilige Bundesland ist. Hier wird der Tarifvertrag zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und ebenfalls den Gewerkschaftsverbänden des dbb beamtenbund und tarifunion sowie ver.di verhandelt. Der aktuelle Tarifvertrag endet mit Ablauf des 30. September 2023. Im Oktober beginnen dann die Tarifverhandlungen.

Wie werden die Forderungen aussehen?

Hierzu können wir noch keine klare Aussage treffen. Im Sommer wird sich die Tariff Kommission des dbb beamtenbund

und tarifunion zur Forderungsfindung treffen. Die einzelnen Fachgewerkschaften werden sich ihrerseits in den Tariffkommissionen beraten und ihre Empfehlungen an den dbb weiterleiten.

In den Beratungen wird man sich an den Ergebnissen der bis zu diesem Zeitpunkt beendeten Tarifverhandlungen orientieren. Natürlich wird auch ein Faktor wie die derzeitige Inflationsrate eine wesentliche Rolle spielen.

Eins steht aber schon jetzt fest: Es wird ein heißer Herbst! Wir werden als DPoIG geschlossen mit den anderen Fachgewerkschaften des dbb beamtenbund und tarifunion diese Verhandlungen unterstützen. Natürlich auch mit Arbeitskämpfmaßnahmen, also „Warnstreiks“. Hierzu benötigen wir die Unterstützung jedes einzelnen Mitgliedes. Schließlich geht es um unser aller Belange und Forderung nach gerechter Bezahlung. Auch unsere verbeamteten Mitglieder sind zur Unterstützung unserer Aktionen in ihrer Freizeit gern willkommen. Gemeinsam sind wir stark!

Warnstreik vor dem Roten Rathaus in Berlin-Mitte am Freitag, dem 20. November 2021



© Victoria-Marie Gordon/DPoIG Berlin



Hospitation im LKA 11 (10. Teil) Inside Moko

Polizeihauptkommissar Andreas Veith hat bei der Mordkommission hospitiert. Sein Erfahrungsbericht endet in dieser Ausgabe.

Der 5. und letzte Fall meiner Hospitation versinnbildlicht auf besonders entsetzliche Weise das Problem, das dem Ausspruch „Messer machen Mörder“ zu Grunde liegt.

Gerade einmal etwas mehr als zwei Stunden ist es her, dass ich das Dienstgebäude in der Keithstraße verlassen habe. Zwei Tage intensive Ermittlungen im Fall der lebensgefährlich verletzten jungen Frau liegen hinter mir. Auch wenn die 8. Mordkommission und damit auch ich weiterhin in Bereitschaft sind, gönnen sich meine Frau und ich ein leckeres Abendessen.

Während des Abendmahls bleibt das Handy stumm. Aber kurz danach macht es sich unmissverständlich bemerkbar. Angesichts der angezeigten Rufnummer schwant mir bereits, dass der weitere Abend völlig anders verlaufen wird als gedacht. Der Anruf von André wirkt sich allerdings nicht nur auf die kommenden Stunden aus.

Privatleben auf Minimum

Auf die Kolleginnen und Kollegen der 8. wartet bereits ein klassischer Kommissionsfall, der in den nächsten zwei Wochen viel abverlangt und das Privatleben aller Kommissionsmitglieder auf ein Mindestmaß reduziert. Für mich als Hospitanten ist der Fall wie ein Volltreffer im Lotto. Für die anderen ohnehin schon arg belasteten Mordermittler ist es hingegen der GAU, der lieber hätte ausbleiben sollen.

Im Café erschossen

Der Grund der Alarmierung der Mordkommission geht binnen kürzester Zeit viral. Kein Wunder, wenn auf belebter Straße ein in seinem Lieblingscafé sitzender, arg- und wehrloser Mann von einem vorbeilaufenden Täter niedergeschossen wird und an seinen Verletzungen noch vor Ort verstirbt. Der flüchtende Schütze entfernt sich in einem Auto, das kurze Zeit später einige Straßenecken weiter verlassen aufgefunden wird.

Es gibt somit neben mehreren Tatzeugen, die schnellstmöglich zu vernehmen sind, also gleich zwei zu untersuchende Tatorte. Vor Holger, dem gerade aus dem Urlaub zurückgekehrten zweiten Tatortspezialisten der 8., und Anja liegen viele Stunden akribischer Spurensuche und -sicherung. Ebenso steht die Wohnung des Halters des Fluchtfahrzeuges im Fokus der Ermittlungen. Nicht nur die Kollegen der Mordkommission tauchen dort auf. Wie in solchen Fällen üblich wird eben nicht an der Wohnungstür geklingelt und um Einlass begehrt. Das alarmierte Spezialeinsatzkommando öffnet die Wohnungstür auf besondere Weise.

Von alledem bekomme ich wenig mit, da ich auf der Dienststelle verbleibe und mit Elisabeth und Thomas die stetig eintreffenden neuesten Informationen und Erkenntnisse sammle. Die Diensttelefone klingeln gefühlt im Sekunden-



➤ Bedeutende Leiter der Mordkommission: Ernst Gennat (links) und Karl Schwichtenberg

takt. Als bald bin ich im Büro allein, da Elisabeth und Thomas die nach und nach in der Keithstraße eintreffenden Zeugen vernehmen.

Anhand des bisherigen Ermittlungsstandes trage ich sämtliche Informationen zu infrage kommenden Tatbeteiligten zusammen. Auch jetzt zeigt sich, wie wichtig konkrete und detaillierte Sachverhaltsschilderungen sowie vollständige Angaben zur Person in Vorgängen sein können. Als ich das erste Mal auf die Uhr schaue, ist es bereits weit nach Mitternacht.

Schlafmangel versus Anspannung

Der Schlafmangel der letzten Nacht versucht sich bemerkbar zu machen. Doch angesichts der Anspannung hat die Müdigkeit keine Chance. Kurz vor 6 Uhr entscheidet André, dass die Zeit für eine Ermittlungspause gekommen ist. Er selbst bleibt auf der Dienststelle. Auch Thomas entscheidet sich gegen eine Fahrt nach Hause. Beide halten die Stellung. Schließlich kann jederzeit ein wichtiger Hinweis eingehen.

Auch wenn ich gewöhnlich mit dem Rad zum Dienst fahre, bin ich an diesem Samstagmorgen froh, dass mein Auto auf dem Hinterhof des Dienstgebäudes steht. Auf den ÖPNV angewiesen zu sein, ist in dieser Situation alles andere als optimal. Mit der aufkommenden Müdigkeit kämpfend sitze ich im Auto und fahre der aufgehenden Sonne entgegen. Um 7 Uhr liege ich im Bett. Um 10 Uhr bin ich wieder im Büro. Francesca



➤ Andreas Veith ist Vizevorsitzender KV Dir 5 (City).

und Ben sind da schon in der Gerichtsmedizin und wohnen der Obduktion des Opfers bei.

Nachermitteln, Vernehmen, Auswerten

Tatortnachermittlungen, Zeugenvernehmungen sowie die Auswertung vorliegender Beweismittel prägen die kommenden Tage. In die Ermittlungen voll integriert erscheint es nur sinnvoll, meine Hospitation um insgesamt zwei Wochen zu verlängern. Tatkräftig versuche ich die 8. Mordkommission weiter zu unterstützen. Dienste mit mehr als zwölf Stunden sind eher die Regel als die Ausnahme. Auch das nächste Wochenende gehört nicht der Familie.

Trotzdem empfinde ich das Arbeitspensum nicht als negativen Stress. Ganz im Gegenteil. Es spornt ungemein an, gemeinsam im Team dem Ziel näher zu kommen, auch wenn am Ende meiner Hospitation die Früchte des Erfolgs noch nicht gänzlich erntereif sind.

Der Ausspruch „Messer machen Mörder“ hat wohl erneut seine traurige Bestätigung gefunden. Einer völlig sinnlosen Auseinandersetzung zwischen zwei Jugendgruppen, bei der ein 18-Jähriger durch Messerstiche sein Leben verlor, folgt der hier beschriebene Mord. Nun sind zwei Menschenleben zu beklagen. Der für den Tod des Heranwachsenden mutmaßlich Verantwortliche trauert jetzt um seinen Vater, der ein Opfer von Blutrache geworden ist.

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE



FORTSETZUNG VON SEITE 7

Nichts, wirklich rein gar nichts Gutes haben das Mitführen und letztlich der Einsatz eines Messers bewirkt.

Resümierend blicke ich auf sechs immens spannende und zugleich arbeitsintensive Wochen zurück. Von Anfang an fühlte ich mich von den Kolleginnen und Kollegen herzlich aufgenommen und insbesondere mitgerissen, sodass es mir nicht schwerfiel, den durchaus sehr hohen Anforderungen gerecht zu werden.

Von daher gilt **mein Dank** nicht nur **der Leitung des Abschnitts 57 und der Leitung sowie dem Stab 32 der Direktion 5**, ohne deren Wohlwollen meine Hospitation nicht möglich gewesen wäre, sondern **auch den**

vielen in diesem Erfahrungsbericht genannten und unerwähnt gebliebenen Kolleginnen und Kollegen im LKA 11, die mich mit ihrer offenen und hilfsbereiten Art sofort ins Team aufgenommen haben.

Hospitanten sind im LKA 11 jederzeit willkommen. Laufbahnzweig und Dienstgrad spielen keine Rolle.

Wichtig hingegen sind Motivation und die Bereitschaft, auch mal an die eigenen physischen sowie psychischen Grenzen zu gehen und bei Erfordernis das Privatleben den dienstlichen Bedürfnissen unterzuordnen. Wer dazu willens ist, darf sich auf eine außergewöhnliche und sicherlich prägende Zeit freuen.

Polizeichor Berlin e. V.

Neu aufgestellt und bereit für die Zukunft

Nach den Wahlen im Januar ist der Vorstand des Polizeichor Berlin e. V. wieder überwiegend mit aktiven Kolleginnen und Kollegen besetzt. Sie arbeiten mit großem Engagement daran, den traditionsreichen CHOR für die kommenden Jahre neu auszurichten.

Ein erstes sichtbares Zeichen ist die Anschaffung einer modernen Musikanlage. Sie soll zukünftig bei größeren Konzerten helfen, den Chor noch dynamischer zu präsentieren. So werden die tollen Orchesterplaybacks, die der junge Chorleiter Matthias Golla zum Beispiel zu einem großen Andrew-Lloyd-Webber-Musical-Medley und zu „Berlin, Berlin“ aus dem Musical Ku'Damm 56 arran-

giert hat, noch besser beim Publikum ankommen.

Einen ersten Eindruck wird es hierzu beim großen Frühlingskonzert geben, das der Polizeichor Berlin e. V. am Samstag, den 13. Mai 2023 um 16 Uhr in der Ev. Pauluskirche, Kirchstraße 6, 14163 Berlin-Zehlendorf aufführen wird. Eintrittskarten können ab sofort zum Preis von 10 Euro reserviert werden.

Weiterhin sind Kolleginnen und Kollegen und deren Freund*innen willkommen, die im Polizeichor mitsingen möchten. Fragen und Kartenbestellungen können an info@polizeichor-berlin.de oder 030.208472833 gerichtet werden.



> Termine

4. Mai 2023 – Kreisverband Dir E/V

Mitgliederversammlung

Beginn: 16 Uhr

Ort: dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin

18. Mai 2023 – Kreisverband Dir 3 Ost

Mitgliederversammlung

Beginn: 18.30 Uhr

Ort: Gaststätte „Zur S-Bahn“, Heinrich-Grüber-Straße 1, 12621 Berlin

Notfallnummer der DPoIG Berlin



Gilt nur außerhalb der Geschäftszeiten.

0177.3008710



© aratian/Fotolia

Suchtprobleme? Alkoholprobleme?

Dann Kreuzbund Berlin!

- > Wir bieten Hilfe außerhalb der Polizei!
- > Gruppen in Berlin und bundesweit!
- > Eine ist auch in deiner Nähe!

Kreuzbund Diözesanverband Berlin e. V.

Tübinger Straße 5, 10715 Berlin

www.kreuzbund-berlin.de

E-Mail: info@kreuzbund-berlin.de, Tel.: 030.85784380



Redaktionschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe ist der 6. Mai 2023.

Veröffentlichungen wie Leserbriefe, Termine, Veranstaltungen, sonstige Wünsche oder Kritik bitte an folgende Adresse senden:

> Landesredakteur DPoIG Berlin

Kay Biewald, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin,

oder E-Mail: presse@dpolg-berlin.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Es entsteht kein Anspruch auf Honorierung und Rücksendung.

Alle mit vollem Namen oder Namenszeichen versehenen Artikel oder Leserbriefe stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der DPoIG dar.

